

Wir bringen Bewegung rein. 100 % sozial.

Europa geht anders!



Bundestagskandidat Frank Schwarzer im Interview

! Merks Euro-Rettung ist ein Anschlag auf Europa, heißt es in einer Presseerklärung der LINKEN Bundestagsfraktion. Frank, was will die LINKE damit sagen?

! Die Politik der Bundesregierung verfolgt den Zweck, die Ansprüche der Kapitalbesitzer auf hohe Renditen zu gewährleisten. Infolge der tiefen Wirtschaftskrise schafft sie das aber nur noch, indem der Lebensstandard weiter Teile der Bevölkerung, v.a. in Südeuropa, nach unten gedrückt wird. Arbeitslosigkeit, Existenzunsicherheit, die Entwertung von Ausbildung sind die Folgen. Was derzeit in Griechenland und anderen Staaten gemacht wird, wird in der einen oder anderen Form

auch auf uns zukommen. Diese Entwicklung fördert wiederum rechtspopulistische und rechtsextreme Stimmungen, die die bürgerliche Demokratie aushöheln.

? Müssen wir denn den Euro nicht um jeden Preis retten, weil sonst Europa zerbricht und die Rechten dann Auftrieb bekommen?

! Die „Euro-Rettung“ dient nicht dem europäischen Zusammenhalt. Sie rettet auch nicht die Griechen, Portugiesen oder Spanier. Gerettet werden vielmehr die Finanzinstitute, wie eine aktuelle Studie von attac belegt. Die Frage, wie wir es mit dem Euro halten, ist für DIE LINKE nicht entscheidend. Schon vor

der Währungsunion war die Europäische Union ein wirtschaftsliberales Projekt. Die Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentner, Studierenden und Auszubildenden müssen dagegen möglichst europaweit eine starke Bewegung aufbauen.

? Welche Alternative hat denn die LINKE zu Merkels Politik?

! Wir müssen zuerst nach Wegen suchen, den Staatshaushalt unabhängig von den Finanzmärkten zu decken. Es gibt eine breite Palette an möglichen Maßnahmen, z.B. eine radikale Steuerreform, mit der die bisherigen Krisengewinner zur Kasse gebeten werden. Das muss mit wirksamen Kapitalverkehrskon-

trollen einhergehen. Die Regeln der EU, wie sie 2007 im Vertrag von Lissabon festgeschrieben wurden, verbieten das jedoch. Deshalb ist hier ein Bruch notwendig! Jede fortschrittliche Regierung muss zunächst den Lissabon-Vertrag kündigen.

? Aber gibt es denn in der Praxis Ansätze für eine Alternative zur Politik des sozialen Kahlschlags von Merkel und der Troika (EU-Kommission, Europäische Zentralbank, Internationaler Währungsfonds)?

! Die linken Kräfte konnten noch keine alternative Politik durchsetzen. Aber wenn der Widerstand stärker wird, können wir das Schlimmste verhindern. In Zypern ha-

ben Massenproteste erreicht, dass nicht die Kleinsparer die Kosten der dortigen Bankenkrise zahlen.

Die Privatisierung öffentlichen Eigentums und das Lohndumping in Deutschland müssen aufhören. Darum ist es wichtig, dass die Gewerkschaften hohe Tarifabschlüsse erzielen. Wir unterstützen auch Streiks, wie bei Amazon. Aber erst, wenn soziale Bewegungen und der kämpferische Teil der Gewerkschaften grenzüberschreitend zusammen handeln, wird ein solidarisches Europa entstehen können.

Das Interview mit Frank Schwarzer führte Heinz Willemsen, DIE LINKE Bielefeld



Frank Schwarzer, Bundestagskandidat der LINKEN, sprach am 15. Juni 2013 in Bielefeld auf einer Solidaritätsdemonstration zur Unterstützung der demokratischen Kräfte in der Türkei

»Das ist Erpressung...«

Interview mit Sabine Hütwohl, Betriebsrätin bei IKEA und Mitglied der ver.di-Tarifkommission

? Sabine, die Gewerkschaft ver.di spricht von einem Generalangriff auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Was ist los im Einzelhandel? Was ist so besonders an der aktuellen Tarifrunde, dass ver.di-Chef Bsirske von einer der härtesten Tarifrunden überhaupt spricht?

! Das Besondere ist, dass sich zum ersten Mal die Unternehmen in allen Bundesländern abgesprochen und alle gleichzeitig ihre Manteltarifverträge gekündigt haben. Sie wollen Veränderungen, die für uns Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen bedeuten. Ver.di wollte nur eine reine Lohntarifrunde, aber nun stellen die Arbeitgeber die Bedingung:

„Wir unterbreiten euch erst dann ein Gehaltsangebot, wenn ihr bereit seid, unsere Veränderungswünsche zu akzeptieren.“ Das ist Erpressung und so krass noch nicht vorgekommen.

? Aber verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen im Einzelhandel nicht ohnehin schon seit Jahren?

! Ja, denn zum einen wurden die Öffnungszeiten immer mehr erweitert. Auch die Landesregierung hat sie trotz Wahlversprechen nicht zurückgenommen. Es werden fast nur noch befristete Verträge in Teilzeit angeboten, von denen kaum jemand leben kann. Das ist demütigend! Kassier- und Verkäuferarbeiten sollen nur noch Hilfstätigkeiten sein,

damit sie sie abgruppieren können in eine neue Niedriglohngruppe. Spät- und Nachtzuschläge wollen sie streichen. Die Teilzeitbeschäftigten sollen nicht mehr dem gleichen Schutz von betrieblichen Regelungen unterliegen wie Vollzeitkräfte, damit sie flexibler einsetzbar sind.

? Wie sollte ver.di deiner Meinung nach auf den Generalangriff der Unternehmer reagieren? Was meinen deine Kolleginnen dazu?

! Wir haben als Tarifkommission beschlossen, uns nicht auf Diskussionen über den Manteltarifvertrag einzulassen, denn wir können uns keinerlei Verschlechterungen leisten. Darum ist es notwendig, den Arbeitgebern un-



sere Empörung deutlich zu zeigen. Ver.di organisiert deshalb bereits öffentliche Aktionen bis hin zu Streiks, so oft es geht und so flächendeckend wie möglich.

Die Kolleginnen und Kollegen sind empört über diese Abwertung unserer Arbeit. Ich hoffe, dass immer mehr erkennen, welche Brisanz in dieser Verhandlung liegt, wie ihr

eigenes Leben davon betroffen ist.

Seit Februar sind bundesweit mehr als 20.000 Menschen aus dem Handel bei Ver.di eingetreten. Das ist super, denn je mehr wir sind, desto mehr Gegenwehr können wir zeigen.

Das Interview führte: Heinz Willemsen, DIE LINKE Bielefeld



Beschäftigte, Eltern und DIE LINKE erfolgreich:

42 Kindertagesstätten bleiben bei der Stadt



Ratssitzung Mai 2013: Bürgerinnen und Bürger fordern von OB Clausen den Erhalt der städtischen Kitas und des Freibades Gadderbaum

„Unter den Aspekten der Trägervielfalt, der Qualitätssicherung und der Wahlfreiheit für Eltern hält es der Rat für unverzichtbar, auch weiterhin Kindertagesstätten in angemessenem Umfang in städtischer Trägerschaft vorzuhalten.“

Mit diesem einstimmigen Beschluss beendete der Bielefelder Stadtrat am 16. Mai die wochenlange Debatte um eine Privatisierung aller städtischen Kitas.

Die Bielefelder Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP hatte sich auf

der Suche nach immer neuen Kürzungsmöglichkeiten daran erinnert, dass die städtischen Kitas vom Land ja weniger Geld bekommen als diejenigen Kitas, die von Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Vereinen organisiert werden. Sie beauftragten die Verwaltung deshalb zu prüfen, ob und wieviel Geld die Stadt durch die Übertragung der Kitas an andere „einsparen“ könnte.

Eltern und ErzieherInnen wehren sich

Die Stadt betreibt insgesamt 42 Kindertagesstätten. Dort arbeiten

mit 550 ErzieherInnen knapp 10 Prozent aller städtischen Beschäftigten. Sie haben in den letzten Jahren gemeinsam große Anstrengungen in der Qualifizierung, besonders in der kindlichen Gesundheitsprävention, unternommen. Viele der städtischen Kitas arbeiten gerade dort, wo andere sich bisher nicht engagieren wollten. Bereits zur Ratssitzung im März kamen viele ErzieherInnen, die den Prüfantrag der Ratsmehrheit deutlich ablehnten und weiteren Widerstand ankündigten. Der Stadtelternrat

forderte gleichfalls den Erhalt der städtischen Kitas und sammelte dafür Unterschriften. An einer Veranstaltung der Gewerkschaft ver.di zur Reform der Kitas nahmen über 200 ErzieherInnen teil und forderten von den Landtagsabgeordneten von SPD und Grünen eine deutliche Absage der Privatisierungspläne.

Alternative der LINKEN

DIE LINKE im Rat hatte dagegen gefordert, die Finanzierung der städtischen Kitas mit denen der „freien Träger“ gleichzustellen. Dafür sollten sich die Bielefelder Landtagsabgeordneten, insbesondere von SPD und Grünen, einsetzen. Sie stellen die Landesregierung. Der Oberbürgermeister sollte sich im Vorstand des Städtetages NRW für eine finanzielle Gleichstellung stark machen. Schließlich gibt es kaum eine Kommune im Land, die einen ausgeglichenen Haushalt hat. Dieser Antrag wurde in der Ratssitzung vom März von allen anderen Fraktionen stumpf abgelehnt, zum Teil ohne Begründung – zum Teil bei Zustimmung zu unserer Position.

Vom Personalrat hingegen kam Lob für den Antrag der LINKEN: es sei die einzige konstruktive Lösung, die die gesetzlich festgelegte städtische Verantwortung für die Betreuung von Kindern angemessen berücksichtige.

Der Widerstand hat sich gelohnt

Die städtischen Kitas werden nicht privatisiert. Sicherlich spielt bei diesem Ratsbeschluss auch eine Rolle, dass die anderen Parteien negative Auswirkungen für die anstehenden Bundestagswahlen fürchten. Die Aktion zeigt auch: DIE LINKE ist für eine verantwortungsbewusste und zukunftsorientierte soziale Politik in Bielefeld unverzichtbar!

Weitere Infos unter: www.dielinke-bielefeld.de



Barbara Schmidt

Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Rat

Der Sozialabbau geht weiter – koste es, was es wolle.

Ampel-Koalition will sozialen Kahlschlag

Soziale Leistungen sind nicht nur wichtig für die Menschen, die darauf angewiesen sind.

Durch frühzeitige Vorbeugung werden auch hohe Folgekosten vermieden. Das ist der Bielefelder Ampel-Koalition egal. Sie kürzt das Geld für Leistungsverträge mit Sozialverbänden und Einrichtungen um ca. 500.000 Euro.

Die AGW (Arbeitsgemeinschaft Wohlfahrtsverbände Bielefeld) und der Bielefelder Jugendring haben diese Politik öffentlich scharf kritisiert:

„Das gegenwärtige System der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (Leistungsverträge) ist ein System der Unterfinanzierung und Mangelverwaltung. Es ist gekennzeichnet durch unzureichende Personalausstattung und -finanzierung sowie nicht auskömmliche Sachkostenzuschüsse. Seit 1996 sind die Sachkostenzuschüsse eingefroren. Die nicht gewährte

Anpassung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten beträgt für diesen Zeitraum ca. 1 Mill. Euro.

Die Nichtgewährung der tariflichen Steigerungen ab 2011 führen bis Ende des Jahres 2013 zu einer Kürzung von 1,43 Mill Euro bei den Leistungsverträgen. ...

Wir halten die Kürzungsvorschläge für einen schwerwiegenden sozialpolitischen Fehler.“ (Stellungnahme vom 11. Juni 2013)

Weitergehende Informationen über die katastrophalen Folgen der Kürzungspolitik der Ampel-Koalition stehen in einer 13seitigen Stellungnahme der AGW und des Bielefelder Jugendringes.

Erhältlich bei: Ratsfraktion DIE LINKE, die.linke@bielefeld.de

Stellvertretend aus den vielen Reaktionen von Betroffenen:

„Die AGW hält die Kürzung von 150.000 Euro bei den Familienberatungsstellen fachlich und

496.363 Euro Kürzungen im Sozialbereich!

Familienbildungsstätte Hedwig-Dornbusch-Schule: 5.000 Euro

Leistungsverträge im Bereich des Amtes für Integration: 14.900 Euro

Information, Vernetzung, Beratung beim DPWV: 14.663 Euro

Bürgerwache: 5.000 Euro

Projektmittel für Seniorenarbeit: 13.000 Euro

Gesellschaft für Sozialarbeit, Seniorenarbeit: 28.800 Euro

Drogenberatung: 50.000 Euro

DRK, Fahrdienst für Behinderte: 25.000 Euro

Betreuungsvereine: 50.000 Euro

Erziehungs- und Familienberatung: 150.000 Euro

Bunker Ulmenwall: 25.000 Euro

Schulsozialarbeit Luther-Schule: 15.000 Euro

Kinder- und Jugendarbeit (Jugendzentren Kamp und Luna): 50.000 Euro

Freizeitzentren Stieghorst und Baumheide: 50.000 Euro

(Quelle: NW, 19. 6. 2013)

politisch in keiner Weise für vertretbar. Der Wegfall dieser Mittel bedeutet einen deutlichen Angriff auf die soziale Infrastruktur in Bielefeld mit fatalen Konsequenzen.

... Studien belegen, dass jeder Euro, der in Familienberatung investiert wird, 4 Euro an Folgekosten spart.“

„Die angedachte Kürzung des Bunker Ulmenwall e.V. über 25.000 Euro, die einem Viertel des vorigen Zuschusses entspricht,

wird der Verein finanziell nur durch vermehrten ehrenamtlichen Einsatz und zusätzliches Einwerben von Spenden und Fördermitgliedschaften kompensieren können. Das Einwerben der fehlenden Summe ist jedoch ungewiss.“

Die Sozialverbände und ihre Arbeitnehmervertreter kritisieren zu Recht die unsinnigen Sozialkürzungen von SPD, Grünen und FDP.

„Eine um nur 1 bis 2 Hebesatzpunkte höhere Gewerbesteuer würde die Sozialkürzungen überflüssig machen“, fordert Dr. Dirk Schmitz, Sozialpolitiker der LINKEN Ratsfraktion.

„Die Unternehmen wurden von den letzten Bundesregierungen massiv steuerlich entlastet. Darum sollten die Unternehmen jetzt soziale Verantwortung für die Stadt Bielefeld übernehmen. Die Gewinne der Unter-

nehmen würden dadurch noch nicht einmal um 0,5 Prozent zusätzlich besteuert!“

DIE LINKE fordert von Bund, Ländern und Kommunen eine gerechte Steuerpolitik, damit die Reichen nicht immer reicher und die Kommunen und die Armen immer ärmer werden. Der Wettstreit um die niedrigsten Steuern für Unternehmen muss endlich beendet werden. Dann wären notwendige soziale Leistungen auch sicher bezahlbar.



Während Elisabeth Rathsmann-Krohnshage (Grüne) die Kürzungen der Leistungsverträge für die Ampel-Koalition begründet, zeigen ihr die Betroffenen die kalte Schulter. Ein Bild, dass weder NW noch WB brachten!



Dr. Dirk Schmitz
Ratsmitglied DIE LINKE



Inge Bernert
bringt neues Lesefutter

Schildesche:

Erster öffentlicher Bücherschrank aufgestellt

Vor einigen Tagen hat die Bezirksvertretung Schildesche den ersten öffentlichen Bücherschrank Bielefelds der Öffentlichkeit übergeben. Er steht in der Fußgängerzone am Bültmannshof und lockte bereits am ersten Tag ca. 50 Menschen an, von denen viele den Schrank mit Büchern bestückten. Vom Sachbuch über Romane bis hin zum Kinderbuch finden die interessierten "Schmökere" dort vielerlei Literatur. Jeder kann

dort Bücher ablegen, sie kostenlos ausleihen und anschließend zurückgeben. Diese wunderbare Idee lebt vom Mitmachen. Der gut zwei Meter hohe, aus dunklem, stabilem Material bestehende Bücherschrank ist nicht zu übersehen. Finanziert wurde der Schrank aus Sondermitteln der Bezirksvertretung. Die Baugenossenschaft Freie Scholle gehört neben anderen zu den Unterstützern.

Damit der Bücherschrank den BenutzerInnen lange erhalten bleibt, schlägt Inge Bernert (DIE LINKE) vor, ihn wetter- und winterfest zu machen. Schutz vor Regen, Eis und Schnee könnte eine Dachkonstruktion aus Holz oder Glas bieten. Sie wird das Thema in die Schildescher Bezirksvertretung einbringen.

Öffentliche Bücherschränke: Ein nachahmenswertes Beispiel auch für andere Stadtbezirke!

Widerstand gegen geplante Schließung der Bürgerberatung in Brake

Beim Kürzungswahn der „Ampel“ (SPD, Grüne, FDP) im Bielefelder Stadtrat kamen die „Sparkommissare“ auf die glorreiche Idee, Bürgerberatungen zu schließen. Die Bürgerberatung im Rathaus ist samstags bereits ab 1. Juli geschlossen. Zusätzlich sollen fünf Nebenstellen geschlossen werden, um eine Personalstelle einzusparen.

Soll sich dann ein alleinstehender Rentner mit Rollator in einen Bus setzen, um gelbe Säcke aus der Stadt zu holen?

In der Bezirksvertretung Heepen wurden von drei Parteien Anträge gestellt, um die Schließung der Bürgerberatung in Brake zu verhindern. Diese Filiale hat die kürzesten Öffnungszeiten in ganz Bielefeld und eine Auslastung wie nie zuvor. DIE LINKE stellte den ersten und weitestgehenden Antrag. Einstimmig beschlossen wurde ein gemeinsamer

Antrag mit den Elementen aller antragstellenden Parteien.

Zusätzlich wurde eine Unterschriftensammlung gestartet, die in einer Woche 850 Unterschriften erbrachte. Sie wurden in der BZV Heepen vom Heimatverein Brake übergeben. In der nächsten Sitzung folgten weitere 1.500 Unterschriften. Inzwischen bewegt sich die Gesamtzahl der SchließungsgegnerInnen auf 3.000 BürgerInnen zu. DIE LINKE war in Brake die einzige politische Kraft, die die Unterschriftenaktion aktiv unterstützt hat.

Falls dieses eindeutige Signal im Rathaus nicht verstanden werden sollte, wird es in Brake ein Bürgerbegehren für den Erhalt der Bürgerberatung geben. Auch dabei wird DIE LINKE die Bevölkerung aktiv unterstützen!

Bernd Schatschneider
Bezirksvertreter in Heepen

DIE LINKE. im Rat

DIE LINKE beantragte deutliche Anhebung der Gewerbesteuer

Zur Ratssitzung am 7. März 2013 beantragte DIE LINKE:

„Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird für das Haushaltsjahr 2013 von 463 auf 520 Punkte (höchster Hebesatz der Gemeinden vergleichbarer Größe) angehoben. Das ergibt für die Gewerbesteuer Mehreinnahmen von rund 20 Millionen Euro.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt und stattdessen nur eine völlig unzureichende Erhöhung von 463 auf 480 Punkte beschlossen.

Außerdem wurde OB Clausen aufgefordert, über den Städtetag gegenüber dem Land NRW die finanzielle Gleichstellung der städtischen Kitas mit den sog. „freien Trägern“ zu unterstützen. Die Ratsmehrheit lehnte diese Initiative der LINKEN ab.

Der LINKEN-Antrag, die Steigerung von tariflichen Personalkosten bei den Leistungsverträgen der „freien Träger“ ab dem 1. 1. 2013 zu übernehmen, wurde abgelehnt.

Zur Ratssitzung am 16. Mai 2013 beantragte DIE LINKE:

„Der Rat der Stadt beschließt, die Kindertagesstätten in städtischer Trägerschaft zur Sicherung der Träger Vielfalt künftig als städtische Kitas zu erhalten.“

Dieser Antrag führte dazu, dass CDU/SPD/Grüne/FDP am Tag der Ratssitzung einen eigenen Antrag, der das gleiche Ziel hatte, einbrachten. DIE LINKE hat dann ihren Antrag zurückgezogen und den „neuen“ Antrag unterstützt. Einstimmig (!) beschloss der Rat:

„Unter den Aspekten der Träger Vielfalt, der Qualitätssicherung und der Wahlfreiheit für Eltern hält es der Rat für unverzichtbar, auch weiterhin Kindertagesstätten in angemessenem Umfang in städtischer Trägerschaft vorzuhalten.“

In der Begründung tauchte die Forderung an das Land NRW nach finanzieller Gleichstellung kommunaler Kitas mit „freien Trägern“ auf, die CDU/SPD/Grüne/FDP bei der vorherigen Ratssitzung als Linken-Antrag noch abgelehnt hatten!

Hans-Dietmar Hölscher, Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE

Freibad Gadderbaum

Auf jede Stimme kommt es an!

Schon vor Jahren schlug die DLRG Alarm. An Nord- und Ostsee gibt es immer mehr Badeunfälle von Kindern. Der Grund: Viele Kinder können nicht mehr so gut schwimmen, weil immer mehr öffentliche Freibäder geschlossen werden.

Darum ist es gut, dass sich so viele Menschen in Gadderbaum gegen die Schließung ihres Bades wehren. Denn Freibäder sind kein Luxus.

Jetzt ist das Bürgerbegehren auf der Zielgeraden zur Abgabe. Während unsere Zeitung in Druck geht, werden aller Voraussicht nach die Unterschriften zum Bürgerbegehren eingereicht werden. Damit ist es gut möglich, dass schon am 22. September, am Tag der Bundestagswahl, der Bürgerentscheid zum Freibad Gadderbaum stattfindet.

Das ist ein toller Erfolg für die Demokratie und

gegen die Arroganz von Pit Clausen (SPD), Marcus Lufen (SPD), Klaus Rees (GRÜNE) und Lisa Rathsmann-Kronshage (GRÜNE). Ohne das Engagement von so vielen Bürgern aus Gadderbaum wäre das nicht möglich gewesen.

Jetzt gilt es mit voller Kraft dafür zu werben, dass möglichst viele Bürger unserer Stadt sich am 22. September am Bürgerentscheid beteiligen und

für den Erhalt des Freibades durch städtische Mittel stimmen.

Am 22. September müssen sich aber auch GRÜNE und SPD entscheiden. „Sozialdemokratisch für ein gutes Freibad kämpfen“, hatten die Jusos auf facebook gepostet. Dabei war es doch ihr SPD-Vorsitzender Marcus Lufen gewesen, der das offizielle Aus für das Freibad verkündet hatte. Und auch bei den GRÜNEN sah man

eigenartige Purzelbäume. „Es sieht gut aus für das Bürgerbegehren“, fand der Landtagsabgeordnete Matthi Bolte im grünen Magazin „big“. Aber gegen das kategorische „Nein“ zum Freibad durch die Grünen-Fraktionsvorsitzende im Stadtrat Rathsmann-Kronshage unternahm er nichts.

Mit diesem Doppelspiel – in Gadderbaum für das Freibad, im 2 km entfernten Stadtrat kategorisch dagegen – hat das erfolgreiche Bürgerbegehren nun Schluss gemacht. Am 22. September kann es nicht länger mehr ein sozialdemokratisches Jein oder ein grünes Ja aber geben.

Wir rufen alle Bürger auf: stimmt für den Erhalt des Gadderbaumer Freibades.

Heinz Willemsen

**Infos zum Freibad Gadderbaum: www.freibad-gadderbaum.com
www.zusammenschaffen.de**



**Sprechzeiten
der Ratsfraktion DIE LINKE
Altes Rathaus · Erdgeschoss
33597 Bielefeld**

Montag - Donnerstag:

10-16 Uhr · Freitag: 10-14 Uhr

Telefon: (0521) 515080 · Telefax: (0521) 518110

E-Mail: die.linke@bielefeld.de

Internet: www.linksfraktion-bielefeld.de

Hartz-IV-Urteil:

Zuschuss für Jugendbett

Nach dem Urteil vom Bundessozialgericht vom 23. Mai 2013 muss für ein erstmaliges Jugendbett ein Zuschuss gewährt werden, wenn das Kinderbett zu klein geworden ist. Im Dezember 2012 wurde der Antrag der LINKEN zur Übernahme solcher Kosten im Sozial- und Gesundheitsausschuss noch von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Dr. Dirk Schmitz

DIE LINKE macht weiter Druck:

Gelder für Kinder nutzen und nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern missbrauchen!

DIE LINKE freut sich: Über 3 Millionen Euro aus dem Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder aus armen Familien, die 2011 und 2012 nicht ausgegeben worden waren, sollen jetzt doch für Schulsozialarbeit in den nächsten Jahren genutzt werden.

Es gibt aber noch weitere 2 Millionen Euro aus dem Jahr 2011 – ebenfalls aus dem Bildungs- und Teilhabepaket. In diesem Jahr hatte die Stadt ca. 4 Millionen Euro für Leistungen an bedürftige

Kinder bekommen, aber nur die Hälfte für diesen Zweck ausgegeben. Das Geld zur Finanzierung des Gesetzes war bei der letzten Hartz-IV-Reform aus dem Regelsatz für Kinder gestrichen worden und droht nun im städtischen Haushalt zu versickern.

„Diese Gelder dürfen nicht zweckentfremdet werden“, so Dr. Dirk Schmitz, Sozialpolitiker der LINKEN. „DIE LINKE wird weiter mit Anfragen und Anträgen Druck machen, damit auch diese 2

Millionen Euro nicht zum Stopfen allgemeiner Haushaltslöcher missbraucht werden. Das Geld gehört den Kindern und muss für sie genutzt werden!“

Von der nächsten Bundesregierung erwarten wir, dass sie das Bildungs- und Teilhabegesetz abschafft und die Regelsätze für Kinder wieder erhöht, damit das Geld die Kinder wirklich erreicht. Schulsozialarbeit dagegen muss von der Bundesregierung grundsätzlich finanziert werden. **Dr. Dirk Schmitz**



Einen Misthaufen vor die Bielefelder Commerzbank

karten Vertreter von 17 Organisationen an einem Aktionstag Mitte April. In 88 Städten und Gemeinden fanden Aktionen des Bündnisses „Umfairteilen“ statt, in Bielefeld besonders eindrucksvoll mit Pferdedung. Das Bündnis will die Löcher in den öffentlichen Haushalten mit der seit 17 Jahren erlassenen Vermögenssteuer und einer einmaligen Vermögensabgabe der Reichen stopfen.

In Bielefeld klafft im städtischen Haushalt wegen RotGrüner, Schwarz-Roter und SchwarzGelber Steuergeschenke an die Reichen und aufgrund Bankenrettungen mit Steuermilliarden ein Loch von 100 Millionen. Erbarmungslos kürzt die Ampel

Koalition überall im Sozialen, wollte Kitas privatisieren, will Leistungen kürzen und Bäder schließen.

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Erde. Doch dieser Reichtum ist ungleich verteilt. Eine immer kleinere Zahl von Reichen besitzt immer mehr Vermögen, die Kluft zwischen Arm und Reich wächst Jahr für Jahr. Dagegen hat das Bündnis inzwischen bundesweit 100.000 Unterschriften gesammelt. Weitere Aktionen werden folgen. Am 14. September, eine Woche vor der Bundestagswahl, findet in Bochum die zentrale Massendemonstration statt.

Günter Seib

Bildungsdiktat

Unser Bildungssystem ist ein komisches Ding. Die Schule soll auf das Arbeitsleben vorbereiten, daher auch die Selektion nach Hauptschule, Gymnasium etc. So ist schon im Kindesalter vordefiniert, wie weit man es später bringt. Ziel der Schule sollte es sein, junge Menschen für ein Leben in unserer Gesellschaft vorzubereiten. Dass diese Gesellschaft eine demokratische ist und darin über sich selbst bestimmt werden kann, merkt man als Schüler_in jedoch nicht. Es fehlt an Mitbestimmung.

Lehrpläne, 'Fächerwahlen' und Profile sind viel zu starr, um die Persönlichkeit adäquat widerzuspiegeln. Um dies zu ermöglichen, helfen jedoch weder Sparmaßnahmen noch Schulzeitverkürzung, sondern vielmehr Flexibilität, die den Schüler_innen sich selbst finden und den Unterricht selbst gestalten lässt.

'Eine Schule für alle' ist ein Konzept, das frühe Auslese verhindert und eine individuelle Förderung von Talenten und Schwächen ermöglicht. Keiner muss zurückbleiben.

Weiterhin fehlt es an politischer Mitbestimmung durch die Schüler_innen in der Schule. Sofern es Vertretungen gibt, fehlt es diesen an Rechten, ihre Vorstellungen in die Praxis umzusetzen.



Neben bildungspolitischen Themen engagiert sich die Linksjugend Bielefeld auch unter anderem gegen Neofaschismus und eine Militarisierung unserer Gesellschaft. Was wir sonst noch so machen, wann unsere Treffen sind, bei denen immer gerne neue Gesichter gesehen werden, erfahrt ihr unter: www.linksjugend-bielefeld.de

Jannis und Patrick

Jobcenter-Mitarbeiterin Inge Hannemann vermittelt nur in „Gute Arbeit“

Sanktionsfreie Beratung trotz Hartz IV?

Inge Hannemann, Vermittlerin im Jobcenter Hamburg, ist aus dem Hartz-VI-System ausgebrochen. Sie vermittelt nur in gut bezahlte dauerhafte Arbeit. Nicht in Leiharbeit und 1-Euro-Jobs, das hilft Menschen nicht. Man dankt es ihr mit Vertrauen, bei Terminen und Stellensuche. Sanktionen vermeidet sie, sucht lieber die Gründe: „Die Angst vorm Jobcenter kann so groß sein, dass Briefe ungeöffnet bleiben“.

Es geht um Menschen, nicht um Zahlen

Nun spricht sie öffentlich. Will den politischen Dis-

kurs über das Hartz-System aus fehlender Berufswahlfreiheit, ständiger Verfügbarkeit trotz geringer Vermittlungschance und möglichem Entzug der Existenz. Im eigenen Blog beschreibt sie Behördenstrukturen, Druck auf Jobcenterbeschäftigte. Auch damit Betroffene das Verwaltungshandeln, das oft wie Willkür wirkt, besser verstehen.

Derzeit beurlaubt ver-sucht sie, ihre Vernetzung abzuwenden. Menschenwürde zu schützen ist oberstes Gebot im Grundgesetz, darauf hat sie bei Dienstantritt einen Eid abgelegt.



Foto: Frank Schwarz

Vortrag und Diskussion mit Inge Hannemann

Am 20. August, 19 Uhr, im Freizeitzentrum Baum-

heide. Inge Hannemann berichtet über ihre Erfahrungen mit Hartz IV. Über Zeitdruck im Jobcenter,

Quotenvorgaben und „Wirtschaftlichkeit“. Sie beschreibt einfühlsam, wie sich „Fordern“ auf Betroffene auswirkt. Und antwortet auf Fragen, wie:

- Was bedeutet „Wichtiger Grund“ beim Meldeversäumnis?
- Wie freiwillig sind Eingliederungsvereinbarungen?
- Wie wird echte berufliche Weiterbildung bewilligt?
- Wie sieht gute Beratung aus, was müsste dafür geändert werden?
- Was erwartet sie von den Parteien nach der Bundestagswahl?

Marlis Bußmann

Überall ist Taksim, überall ist Widerstand



Demo in Bielefeld am 15. Juni 2013

Seit über vier Wochen hält der Widerstand in der Türkei an.

Der Kampf von einigen Hundert Umweltschützer/innen um einen Park hat sich in wenigen Tagen zu einer Widerstandsbewegung gebildet, der sich weite Bevölkerungsteile angeschlossen haben. Im ganzen Land gingen Zehntausende auf die Straße, um gegen den autoritären Regierungsstil der AKP, die brutale Polizeigewalt und die Verletzung demokratischer Grundrechte zu protestieren.

Die Motive der Demonstranten waren auch der Antrieb für unzählige und nicht miteinander

verbundene Demonstrationen in der elfjährigen Regierungszeit von Erdogan und seiner AKP-Regierung. Erdogan steht für eine Politik der Ausbeutung, Armut und Krieg, für Rassismus, für Assimilation, für die Verfolgung der freien Presse, die Leugnung der Massaker und Genozide der Vergangenheit, für eine religiöse Gesellschaft, Frauenfeindlichkeit, Gewerkschaftsfeindlichkeit und für Umweltzerstörung.

Die Protestbewegungen waren bis dato nicht miteinander verbunden. Mit ihrer Teile-und-Herrsche-Politik schaffte es die

AKP-Regierung zu verhindern, dass einzelne Protestbewegungen sich bündeln und sich gegenseitig unterstützen. Das Neue an den heutigen Protesten ist, dass sie diese Trennlinie überwinden und zunächst am Taksim-Platz, dann auch im ganzen Land zusam-

mengefunden haben. Die Bewegung schuf ein gesellschaftliches Klima der Solidarität, das bis dato für schwer vorstellbar gehalten wurde.

Auch wenn die verschiedenen Teile der Bewegung unterschiedliche Anliegen verfolgen, haben sie eine gemeinsame Forderung:

Rücktritt der AKP-Regierung. Bis die Forderungen des Bündnisses Taksim-Solidarität erfüllt werden und solange der Widerstand anhält, gilt es, sich mit Taksim und der Türkei zu solidarisieren.

Hoch die internationale Solidarität!

DIDF Bielefeld

Bielefelder Zeitungen voller Ausgelassenheit

Aus der Welt der Presse

„Der Rat der Stadt beschließt, die Kindertagesstätten in städtischer Trägerschaft zur Sicherung der Trägervielfalt künftig als städtische Kitas zu erhalten“ beantragte DIE LINKE für die Ratssitzung am 16. Mai. Um diesem Antrag der LINKEN nicht zustimmen zu müssen, stellten SPD-Grüne-FDP-CDU einen ähnlichen Antrag, der inhaltlich in die gleiche Richtung ging. DIE LINKE zog ihren „alten“ Antrag zurück und unterstützte dann den „neuen“ Antrag, dem alle Ratsmitglieder zustimmten.

In beiden Bielefelder Zeitungen wurde über diesen Beschluss nicht berichtet, obwohl die Kita-Privatisie-

rung zuvor noch der große Aufreger war. Dass die anderen Parteien durch DIE LINKE gezwungen waren, deren Kita-Antrag inhaltlich zu übernehmen, durfte anscheinend nicht gemeldet werden!

Informationspflicht verletzt Freiheit der Presse

Die Veröffentlichungspolitik der Bielefelder Zeitungen ist konsequent: Veranstaltungen der LINKEN werden möglichst erst am Tag der Veranstaltung angekündigt, damit es formal rechtzeitig ist, tatsächlich aber keine vorplanenden Menschen mehr erreichen kann. (z.B. NW und WB am 22. Mai =

Tag der Gewerkschaften-Veranstaltung mit Prof. Frank Deppe) Pressemitteilungen erscheinen in der NW selten, dann aber so geschickt platziert, dass der normale Leser sie übersieht (LINKE fordern Amtsverzicht - NW 29. Mai, auf der Seite Veranstaltungskalender).

Ihre Informationspflicht empfindet die Presse offenbar als eine schwere Last, von der sie sich gerne erleichtert. Denn eine Pflicht widerspricht jeder wirklichen Pressefreiheit. Echte Pressefreiheit ist bekanntlich die Freiheit weniger reicher Menschen, ihre Meinung drucken zu lassen.

Florian Straetmanns

TERMINE

Aktuelle Termine bitte im Büro erfragen:

- Arbeitskreis Wirtschafts- und Sozialpolitik
- Arbeitskreis Hartz IV
- Arbeitskreis Kulturbaustelle
- Arbeitskreis Umwelt und Stadtteilgruppe Mitte
- Stadtteilgruppe Schildesche
- Frauenplenum

DIE LINKE Bielefeld ist erreichbar:
Telefon: 0521.86611 · info@dielinke-bielefeld.de
NEWS-LETTER: www.dielinke-bielefeld.de
Jeden Freitag und Mittwoch von 14 bis 19 Uhr,
offenes Büro in der August-Bebel-Str. 126